ANLAGE _____

zu TO.-Pkt. _____

lfd. Nummer: 00893 \ 11 \ V

Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

Amt 20.1 Kämmerei

Sachbearbeiter/-in: Herr Strack

Eitorf, den 25.06.2002

_____ **i.V.** _____
Bürgermeister **Erster Beigeordneter**

B e s c h l u s s v o r l a g e
für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum:

Hauptausschuss am

Beratungsfolge:

keine

Tagesordnungspunkt:

Haushaltssituation 2002

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis

Begründung:

In den Sitzungen des Hauptausschusses am 6.5.2002 bzw. des Rates am 13.5.2002 und 10.6.2002 erfolgten seitens der Verwaltung Bekanntgaben zur Haushaltssituation 2002.

Derzeitige Lage

Wie in allen Kommunen des Landes, so mussten auch in Eitorf erhebliche Einbrüche im Bereich der Gewerbesteuer und des Anteiles der Gemeinde an der Einkommenssteuer zur Kenntnis genommen werden. Von Eingriffen in den Haushalt wurde zunächst Abstand genommen, da die Wiederaufnahme der Gewerbesteuerzahlungen eines Großbetriebes anstand. Zudem lässt der Bestand der Allgemeinen Rücklage eine gewisse Flexibilität zu. Nach der Jahresrechnung 2001 beträgt der Bestand derzeit 957.647 Euro. Dies sind etwa 200.000 Euro mehr, als noch zum Haushalt 2002 angenommen und etwa 530.000 Euro mehr, als gesetzlich vorgeschrieben ist.

Einige Tage nach der letzten Sitzung des Rates der Gemeinde ereilten die Gemeinde weitere, bislang nicht absehbare Gewerbesteuerabgänge in größerem Umfange. Der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes ist nun stark gefährdet.

Die finanziellen Aussichten für das zweite Halbjahr 2002 sind keinesfalls besser, können gleichwohl derzeit nur grob geschätzt werden. Mit einer Erholung der Gewerbesteuer und zusätzlichen nennenswerten Zahlungen wird von hier nicht gerechnet. Ob und wieweit der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sich erholen wird, kann erst gegen Ende Juli 2002 beurteilt werden, wenn die Zahlen für das zweite Quartal 2002 bekannt gegeben werden.

Aussicht auf das Haushaltsjahr 2003

Bei den Einnahmeeinbrüchen 2002 handelt es sich um Steuern, die im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes Bestandteil des interkommunalen Finanzausgleiches sind. Grundsätzlich werden Wenigereinnahmen in diesen Bereichen in den Folgejahren durch Zahlungen des Landes zu etwa 90 % ausgeglichen. Da in 2002 aber fast alle Kommunen mit Steuereinbrüchen zu kämpfen haben, wird es 2003 zu strukturellen Problemen beim Finanzausgleich kommen. Erste Aussagen aus dem Ministerium deuten zumindest darauf hin, dass der Status Quo an Finanzmitteln gehalten werden kann. Im Hinblick auf die Vielzahl der Kommunen mit finanziellen Problemen in 2002, dürfte ein 90%-iger Ausgleich in 2003 eher unwahrscheinlich sein, da hierfür erhebliche zusätzliche Mittel notwendig wären. Der Kreiskämmerer geht in einer Prognose von einem Einnahmeausfall von 10 – 15 % aus.

Erschwerend kommt hinzu, dass bereits jetzt feststeht, dass das Land NRW in 2003 den Finanzausgleich 2001 abrechnen wird. Das Jahr war geprägt durch erhebliche Steuermindereinnahmen beim Land, die nun zu Nachzahlungen der Kommunen an das Land führen werden. Erste Berechnungen gehen davon aus, dass Eitorf 537.274 Euro an das Land zurück zahlen muss.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der erste Referentenentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) eine Anhebung der sogenannten „Fiktiven Hebesätze“ vorsieht. Mit diesen Hebesätzen werden die tatsächlichen Steuereinnahmen der Kommunen veredelt bzw. im Finanzausgleich angerechnet. Es handelt sich um die landesweit durchschnittlichen Hebesätze. Liegen die Hebesätze vor Ort unter denen des GFG, so werden der Gemeinde mehr Steuereinnahmen angerechnet, als tatsächlich geflossen sind. Letztendlich verliert die Kommune so Mittel aus dem Ausgleichstopf und ist im Prinzip genötigt ihre Hebesätze anzupassen. Entsprechende Forderungen erhebt im übrigen die Kommunalaufsicht bei Haushaltssicherungskonzepten.

Für das GFG 2003 sieht die Planung derzeit wie folgt aus:

Steuerart	**Gemeinde 2002**	**GFG 2002**	**GFG 2003**
Grundsteuer A	230	175	202
Grundsteuer B	340	330	401
Gewerbesteuer	400	380	424

Ein weiterer Risikofaktor für das kommende Haushaltsjahr ist der Kreishaushalt. Dort deuten sich derzeit ebenfalls erhebliche Probleme an. Tangiert sind z.B. die Bereiche Jugendhilfe; Grundsicherung, Landschaftsverbandsumlage und Hilfe zur Pflege.

Konkrete Maßnahmen 2002

Nach vielen Jahren Ausgleichsstock und Haushaltssicherungskonzept sind die Sparmöglichkeiten der Gemeinde vergleichsweise gering. Die freiwilligen Ausgaben sind in der Vergangenheit ebenso gekürzt worden, wie auch Mittel für Pflichtaufgaben; z.B. die Sachmittel der Schulen oder die Personalausgaben.

Dies ist auch der Grund warum seitens der Verwaltung nach wie vor von einer pauschalen Haushaltssperre abgesehen wird. Angesichts der finanziellen Vergangenheit der Gemeinde, erscheint die landauf landab erprobte „Rasenmähermethode“ nicht das geeignetste Mittel um den finanziellen Problemen zu begegnen. Vielmehr wird die Eigenverantwortlichkeit jedes einzelnen Mitarbeiters bzw. jedes Fachamtes in den Vordergrund gestellt um im Rahmen der genehmigten Haushaltsansätze so viel wie möglich einzusparen. Hierzu sind die Ämter und Mitarbeiter aufgerufen.

Darüber hinaus müssen inzwischen alle Einzelaufträge ab 200 Euro durch den Kämmerer genehmigt werden. Die Erfahrung der ersten Wochen zeugt von einem sehr verantwortungsvollen Umgang der Beschäftigten mit den Haushaltsmitteln.

Vor dem Hintergrund eines eventuell drohenden Haushaltssicherungskonzeptes und den damit zusammen hängenden restriktiven Vorgaben, erscheint es derzeit nicht sinnvoll, neue freiwillige Ausgaben zu tätigen. Dies betrifft vor allem die Einführung des Anrufsammeltaxis, das im Haushalt 2002 veranschlagt wurde. Seine Einführung sollte ausgesetzt und je nach Entwicklung der Haushaltslage erneut beraten bzw. entschieden werden. Eine Entscheidung hierüber sollte allerdings erst nach der Sommerpause fallen.

Fazit

Die finanzielle Lage der Gemeinde ist derzeit sehr ernst. Einsparungen auf der Ausgabeseite werden im Rahmen des Möglichen angestrebt, können das finanzielle Problem aber nur abmildern, nicht lösen. Sollte es zu keinen nennenswerten Verbesserungen in 2002 mehr kommen, ist mit einem Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt 2002 zu rechnen. Da aber wichtige Parameter zur einer genauen Beurteilung der Lage noch nicht bekannt sind (z.B. Steuerentwicklung im 2. Quartal), ist eine Korrektur der obigen Einschätzung der Lage noch möglich.

Sollte sich die Lage bis nach der Sommerpause nicht verbessern, wird sich der Hauptausschuss/Rat dann erneut mit der Materie befassen und dann ggf. Einschnitte in den laufenden Haushalt beschließen müssen